

6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail
Eidgenössisches Departement für
Verteidigung, Bevölkerungsschutz
und Sport VBS
3003 Bern

triage@sepos.admin.ch

Schwyz, 10. März 2026

Sicherheitspolitische Strategie der Schweiz 2026
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 12. Dezember 2025 hat das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS den Kantonsregierungen die Sicherheitspolitische Strategie der Schweiz 2026 zur Vernehmlassung bis 31. März 2026 unterbreitet. Dafür bedanken wir uns.

Der Kanton Schwyz begrüsst den ganzheitlichen Ansatz der Sicherheitspolitischen Strategie 2026. Sie weist eine klare Einordnung der inneren Sicherheit auf und berücksichtigt aktuelle Bedrohungen wie Terrorismus, hybride Bedrohungen, Cyberkriminalität und organisierte Kriminalität. Die Strategie schafft eine geeignete Grundlage für die koordinierte Sicherheitsarchitektur von Bund und Kantonen. Kritisch ist anzumerken, dass die Ressourcenausstattung, die rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die Rollenverteilung zwischen dem Bund und den Kantonen nicht angegangen werden. Die Klärung dieser Fragen ist für den Erfolg der Strategie entscheidend. Ferner sollte im vorliegenden Bericht der Feuerwehr mehr Gewicht zukommen. Sie leistet mit ihren zahlreichen Einsätzen einen grossen Beitrag zur Sicherheit.

Die Sicherheitspolitische Strategie weist der Polizei richtigerweise eine Schlüsselrolle zu. Sie steht bei der Bewältigung der vielfältigen Aufgaben im Zentrum (Hybride Bedrohungen, Terrorismus, Extremismus, Schutz kritischer Infrastrukturen, Organisierte Kriminalität, gesellschaftliche Spaltung und Radikalisierung, Cyberbedrohungen). Die Umsetzung der Sicherheitspolitischen Strategie bedingt jedoch die entsprechenden personellen, finanziellen und technischen Ressourcen. Dies gilt namentlich nicht nur für die Strafverfolgungsbehörden, sondern auch im Bereich der Krisenvorsorge und dem Bevölkerungsschutz. Auch diese Bereiche werden anspruchsvoller und ressourcenintensiver.

ver. Ausserhalb der Strafverfolgungsbehörden sind diesbezüglich auch die Bereiche Informatik (Cyberabwehr, Daten- und Informationssicherheit), Gesundheitswesen (Katastrophenmedizin), Personal (Sicherheitsprüfungen) und Kommunikation zu erwähnen.

Bis Ende 2028 soll dem Bundesrat ein Bericht zum Stand der Umsetzung der Sicherheitspolitischen Strategie unterbreitet werden. Dies dürfte kaum zur Beschleunigung der Umsetzung beitragen. Ohne Terminierung und Ressourcenplanung bleibt die Umsetzung schwer überprüfbar.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Herr Bundesrat, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

Michael Stähli
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatschreiber